

VORORT

STADTZEITUNG HERNE / WANNE-EICKEL

NR. 6/78

50 PF

HWG: 100% Mieterhöhung

Spiel mit der Angst

Anfang Oktober 1977 ließ die Herner Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (HGW), die die städtischen Wohnungen verwaltet, die Katze aus dem Sack: Mieterhöhungen bis zu 100%! Die 1.000 betroffenen Mieter sollten bis zum 15. 11. 77 zu dieser Maßnahme schriftlich ihr Einverständnis erklären. Zunächst sah es so aus, als wenn die Mieter in ihrer großen Mehrheit Widerstand leisten könnten. Allerdings sind heute nur noch rund 50 Mieter bereit, ihr Einverständnis zu verweigern. Und die Verweigererfront bröckelt weiter.

Besondere Wirkung hatte dabei ein kleiner, aber wirksamer Artikel der örtlichen WAZ, der die Widerstand leistenden Mieter als "widerspenstig" beleidigt. Verunsicherung und Angst sind die Folge. Ein Mittel dazu ist das Ankündigen von Klagen gegen die Mieter. Diese Anklagen sind offensichtlich bis heute nicht bei der Staatsanwaltschaft eingegangen. An diesem Beispiel wird die Vorgehensweise dieser "gemeinnützigen" Gesellschaft deutlich.

Wenn man die Hintergründe dieser überzogenen Mieterhöhungen kennt, weiß man, was dieser Schmierjournalismus anrichten kann: Betroffene, die dabei sind ihre Rechte wahrzunehmen, werden öffentlich an den Pranger gestellt!

Nachdem die Verwaltung der städtischen Wohnungen vom Liegenschaftsamt der HGW übertragen wurde, sind die Mieten jetzt ohne jegliche Unterlagen erhöht worden. Die HGW hat keine Unterlagen über die einzelnen Wohnungen, sie weiß nicht, welche Investitionen in welcher Wohnung vorgenommen worden sind, egal ob von der Stadt oder vom Mieter selbst. Wenn hier die Betroffenen keinen Widerstand leisten, sind der Willkür der HGW in Zukunft Tür und Tor geöffnet.

Ein Beispiel für diese Willkür des HGW-Prokuristen Bönning ist die neue Abrechnungsart des Wassergeldes. Im Mietvertrag ist vereinbart, daß die Kosten fürs Wasser nach der Anzahl der Räume und der Personen berechnet werden. Die neueste Regelung ist die Kostenberechnung nach der Quadratmeterzahl der Wohnungen. Allein stehende sollen z. B. genausoviel zahlen wie eine 6köpfige Familie. Der Prokurist der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft besaß in einem Gespräch mit Betroffenen die Unverschämtheit, dies zu bestätigen, daß er von sich aus

willkürlich, ohne gesetzliche Grundlage, die Berechnungsart geändert hat. Viele, die gegen die neue Berechnungsart des Wassergeldes protestierten, sind so eingeschüchtert worden, daß sie nicht mehr den Mut haben, sich gegen die Machenschaften der HGW zu wehren. Es sieht so aus, als wenn in dieser Angelegenheit "die große Koalition" von HGW, SPD und WAZ gewonnen hat.

Interessant ist außerdem die Gewinnentwicklung der Herner "Gemeinnützigen". Bei den 1977 als geplant ausgewiesenen Gewinnsteigerungen scheinen die Mieterhöhungen noch nicht enthalten zu sein:

1976	295.000 DM
1977	315.000 DM
1978	335.000 DM

Mißbraucht Lehrer Schülerinnen?

Anfang Februar 78 fährt ein gelber Mercedes auf den Hof des Wanner Gymnasiums. Kurze Zeit später schleppen ca. 15 Schülerinnen der Mittelstufe gewichtige Pakete ins Elternsprechzimmer und ins Büro des stellvertretenden Studiendirektors Ferdinand Ostwald. Bei näherer Betrachtung entpuppen sich diese Pakete als Flugblattmaterial der "Aktion Volksbegehren gegen die Kooperative Schule".

Nachforschungen, die aufgrund dieser Beobachtungen angestellt wurden, brachten interessante Ergebnisse: Ostwald hatte schon seit geraumer Zeit in Mittelstufenklassen per Tafel angefragt, wer von den Schülerinnen Lust hätte, bei der "Aktion Volksbegehren..." mitzumachen. Listen bereitwilliger Schüler sollten bei Ostwald abgegeben werden. Schülerinnen, die auf Ostwalds Angebot eingingen und Pakete schleppten, erhielten eine Entlohnung in Form von Geld!

Die meisten Schülerinnen, insbesondere die der unteren Jahrgänge wußten nicht, wofür und auf wessen Geheiß sie diese Handlangerdienste taten.

Auf Elternsprechtagen lagen Flugblätter gegen die Koop-Schule aus. Man könnte annehmen, daß entsprechende Lehrkräfte versucht haben, auch Eltern für die Aktion anzuwerben.

All diese Begebenheiten verstoßen eindeutig gegen die Schulordnung, denn die Schule hat sich jeder einseitigen politischen Parteinahme zu enthalten. Herr Ostwald hat somit seine Kompetenzen erheblich überschritten, indem er versuchte Schülerinnen zu beeinflussen und für die Aktion zu gewinnen.

Ist nicht Herr Ostwald sonst derjenige, der kritische Meinungsäußerungen von Schülerinnen, sogar mit Androhung von



WEHRET DEN ANFÄNGEN

Der Sammler-Shop auf der Hauptstraße 338 bietet Nazidolche und -abzeichen feil. Öffentliches Ausstellen von Emblemen aus der Nationalsozialistischen Diktatur ist jedoch verboten. Schließlich ist so etwas gewiß nicht mit Briefmarkensammeln zu vergleichen.

(Siehe dazu auch: Strafanzeigen gegen Hertie und Karstadt, Seite 8 sowie "NPD auf dem Vormarsch", Seite 8)

Inhalt

- Seite 2: Fröhliche Ferienstadt VOR-ORT-Prozeß
- Seite 3: Gustav-Adolf-Schule "Lärmschutz"
- Seite 4: GW-Ausschlüsse ÖTV-Kollegen Spinner? Lohnrunde 78
- Seite 5: Russentribunal DGB-Demo pro AKW
- Seite 6: Straßenplanung Westtangente Dannekamp
- Seite 7: Stadt und STEAG Energielücke-Energiehale
- Seite 8: Modell Deutschland Beschwerde gegen Damberg u. v. a.

Disziplinarmaßnahmen bekämpft?

Die beschriebenen Vorfälle werden jetzt jedoch von der Direktorin D. Mann heftig abgestritten. Der Schülerzeitung "Entschuldigung", die aufgrund der Vorfälle ein Flugblatt an die Schüler verteilte, wurde von Frau Mann Verdrehung der Tatsachen vorgeworfen. Es liegen jedoch zu allen Ereignissen eindeutige Aussagen von Schülerinnen vor. Es scheint also, daß sich bei den Beteiligten höheren Amtes das Schlechte Gewissen gemeldet hat...

(siehe auch Seite 3: "Entschuldigung" zu KOOP.)

Fröhliche Ferienstadt 77 : Jahresabschlußbericht

"Lachende - weinende, zufriedene - quengelnde, schmutzige - selten saubere Kinder hat die Fröhliche Ferienstadt gehabt." So stehts in der WAZ vom 4. Feb. Darunter das gewohnte Bild: nüchterne Zahlen, Spendenaufrufe. Wer die WAZ aufmerksam liest, dem fällt auf, wie gut es die Lokalredaktion mit der Aktion meint, ganz im Gegensatz zu den städtischen Ferienaktionen auf den Abenteuerspielplätzen. Die Beantwortung einiger Fragen zeigt die Gründe.

Wer sind die Macher?

Veranstalter ist der Verein Fröhliche Ferienstadt, laut WAZ vom 21.11.77 ein eingetragener Verein. Laut Amtsgericht Herne ist ein Antrag auf Eintragung ins Vereinsregister bisher nicht gestellt worden. Der Verein besteht aus 15 Mitgliedern, darunter 15jährige Jugendliche. Einige der "Mitglieder" erfuhren erst durch die VORORT von ihrer Mitgliedschaft. Als eigentliche Macher kristallisieren sich drei Leute heraus, nämlich die Herren Thiele - Chef der Herner WAZ-Lokalredaktion, Treige - Redakteur der WAZ und der "Pennäler Stiebling" (Stiebling über Stiebling) - freier Mitarbeiter der WAZ. Die Funktionen der genannten garantieren eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit. WAZ-Redakteur Treige wurde im letzten Jahr drei Wochen lang (!) für die Aktion abgestellt. Er berichtete in bezeichnender Weise (siehe Kasten).

Wer finanziert?

Einerseits die Revierpark Gysenberg GmbH (1975 trug die Stadt Herne zu 2/3, der Ruhr-Siedlungsverband zu 1/3 den Etat des Revierparks). Sie stellte 12.000 DM für 15 Betreuer zur Verfügung. Andererseits die Stadt Herne, sie bezahlte u. a. 5 weitere Betreuer, das macht 4.500 DM. Als dritte Geldquelle steht der "große Spendentopf", gefüllt von der Herner Geschäftswelt und einigen Privatleuten" zur Verfügung.

Um ihn zu füllen nutzten Thiele und Co. ihre Doppelrolle aus. Die WAZ rief unauffällig zum Spenden auf. Fast täglich prangten die Kononummern der Fröhlichen Ferienstadt in Herner Lokalteil. Die Herner Geschäftswelt spendete reichlich und wurde dafür mit einer großangelegten Werbekampagne belohnt. Ärzte, denen Werbung sonst verboten ist, sicherten sich die werbewirksame Nennung als Spender in der WAZ. Heitkamp stellte die Busse - "wohlwollende Belohnung" (?):

Ein Riesenaufmacher über eine Rohrstraße in Süddeutschland im Wanner Lokalteil!
Mit ein paar Mark sichern sich

die Herner Firmen eine gutgesonnene Presse. Vergessen ist die kritische Diskussion um den Ausbau der STEAG, wenn diese 2.400 Cola-Dosen spendet und die Fröhliche Ferienstadt sich im Cola-Rausch befindet.

Wer sind die Betreuer?

Im letzten Jahr waren es 20 bezahlte Mitarbeiter. Lediglich die 5 von der Stadt angestellten hatten die Möglichkeit an einem Vorbereitungsseminar teilzunehmen, das allerdings nicht direkt auf die Ferienaktion zugeschnitten war. Die restlichen 15 von der Revierpark GmbH angestellten Mitarbeiter wurden pädagogisch nicht vorbereitet. Hier fließt Steuergeld, das nicht fließen darf. Trotz fehlender Qualifikation werden Zuschüsse gezahlt. Die Stadt unterläuft ihre eigenen Richtlinien. Während der Aktion wurde jeder der Betreuer tagtäglich mit ca. 50 bis 60 Kindern konfrontiert, was eine sinnvolle pädagogische Arbeit von vorneherein ausschließt. Einer der Betreuer meinte dazu: "Ein pädagogisches Konzept widerspricht den Interessen der Veranstalter, trainiert wird lediglich Konsumverhalten." Mitarbeiter, die Einfluß auf die pädagogische Ausrichtung zu nehmen versuchten wurden schließlich zu den Nachbereitungssemin-

naren eingeladen. In der Tat findet man auch im Jahresabschlußbericht lediglich drei wichtige Sätze über die Zielsetzung der Aktion. Der Rest umfaßt das "einzigartige Organisationssystem und Finanzierungssystem".

Warum engagiert sich die WAZ? Ein Blick nach Essen genügt zur Antwort. Die "Ruhrnachrichten" stellten Silvester ihre Lokal-Ausgabe ein, weil der WAZ-Konzern ihnen die meisten Anzeigen vor der Nase wegschnappt, so RN-Verleger Lensing-Wolff. In der privatwirtschaftlich organisierten Presse gilt die Jagd der Verleger den Anzeigengeldern. Hierzu heißt es, über werbewirksame Aktionen Kontakte zu knüpfen....

SPEISEPLAN STATT SPIELPLAN

Die "Fröhliche Ferienstadt" in der WAZ-Berichterstattung von Vereinsmitglied und WAZ-Redakteur F. J. Treige.

"... den größten Anteil verschlang das Essen, für das täglich rund 1.000 DM ausgegeben wird." Waz 18. 7. 77

"Die Fröhliche Ferienstadt schmelgtin Cola. Die STEAG liefert am Montag 2.400 Dosen an." Waz 19. 7. 77

"Freude über Schnitzel. Ein Lektand am Mittwoch auf dem Spielplan der Fröhlichen Ferienstadt: das Kaufhaus SINN lieferte 1.000 Schnitzel samt Kartoffelsalat." Waz 21. 7. 77

"Ferienstadt freut sich über Spenden." Waz 23. 7. 77

"Bei der Ferienstadt braucht kein Kind zu hungern." Waz 23. 7. 77

Und so stellt sich Herr Treige sinnvolle pädagogische Arbeit vor:

"Wichtigstes Moment für das Engagement der Betreuer ist die ständige Konkurrenz untereinander."



walts, Herrn Deckers aus Bochum, stellten wir die, zum Teil unterstellten, Behauptungen richtig, und wir mußten auch einen Punkt zurücknehmen. (Wir hatten behauptet, Herr Thiele sei Chefredakteur der WAZ in Herne, Richtig ist, daß Herr Thiele leitender Lokalredakteur der WAZZ Herne ist.) Wir hielten den Fall damit für erledigt. Am 12. Dez. 77 jedoch wurden am Landgericht zwei Anträge auf einstweilige Verfügung gegen die VOR ORT gestellt. Eine gute

1. Dem Antragsgegner wird geboten, bei Meldung eines Ordnungsgeldes bis zu DM 100.000,-, in Lichtbetriebsfall von Ordnungshaft oder Ordnungshaft bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu unterlassen, in der Zeitung "Vorort" oder in anderen Presseorganen zu behaupten oder durch Dritte behaupten zu lassen:

- Die Antragsteller hätten in einem von ihnen verfaßten Jahresabschlußbericht ihres Vereins erwähnt, das Geldspenden in Höhe von DM 23.260,- von der "großzügigen Herner Geschäftswelt" stammten,
- zumind. einer der hauptamtlichen Mitarbeiter der Ferienaktion hätte DM 1.700,- ausbezahlt bekommen.

2. Der Antragsgegner hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.
3. Der Streitwert des Verfahrens wolle vom Gericht festgesetzt werden.

Woche später am 22. Dez kam es zur Verhandlung vor der 3. Zivilkammer des Landgerichts in Bochum. Den ersten Antrag stellten die 15 Mitglieder der Fröhlichen Ferienstadt vertreten durch ihren Vorstandsvorsitzenden Michael Thiele. Bei unseren Nachforschungen stellten wir fest, daß der Großteil der Mitglieder nichts von einem Antrag wußte. Einige distanzieren sich ausdrücklich vom offensichtlichen Alleingang des Thiele-Vorstandes.
Der Antrag lautete:

In eigener Sache

WELCHE POLITISCHEN PERSPEKTIVEN HAT DIE VORORT ?

Informationen

Mit unserer Arbeit wollen wir eine Gegenöffentlichkeit schaffen. Das heißt, wir wollen Nachrichten, Meinungen und Kommentare verbreiten, die in bürgerlichen Zeitungen nicht oder nur verfälscht veröffentlicht werden. Gleichzeitig wollen wir uns bemühen, Lösungen oder Alternativen für vorhandene Probleme anzubieten.

Arbeitsgruppen

Wir wollen nicht vom Schreibtisch aus arbeiten. Wir wollen Konflikte vor Ort mit den Betroffenen zu lösen versuchen. Das bedeutet für uns, in bestehenden Initiativen mitzuarbeiten, sie zu unterstützen und ihren Aufbau mitanzukurbeln.

Zusammenschluß der "Linken"

Wir sind auch an einer Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Kräften in Herne und Wanne-Eickel interessiert. Wir werden uns dafür einsetzen, gemeinsam mit anderen "Linken" Aktionen vor Ort zu veranstalten.

Lieber Leser

Wir möchten uns anfangs bei allen, die so lange auf eine neue Ausgabe unserer Zeitung gewartet haben, entschuldigen, daß die Nummer 6 erst jetzt herauskommt. Die Gründe für die verspätete Ausgabe sind vielschichtiger Art. Dennoch halten wir es für notwendig gerade bei unserem Konzept einer Zeitung, die nicht in den Redaktionsstuben über die Köpfe der Betroffenen hinweg gemacht werden soll, wenigstens die wichtigsten Punkte zu veröffentlichen.

Die von Beginn an vorhandenen Schwierigkeiten sowohl beim Verkauf als auch bei der Erstellung der Zeitung (Verlagerung der gesamten Arbeit auf 3-4 "Arbeits-tiere") verschärfen sich Ende November derart, daß es nötig wurde, die Konzeption der Zeitung neu zu überdenken. Nach eingehender Diskussion können folgende Punkte als wichtigste Ergebnisse festgehalten werden.

Die Bildung mehrerer Arbeitsgruppen (Mieten/Wohnen-Verkehr - Antifaschistische Arbeit - Jugend Kultur-AKW/Umweltschutz- Betrieb Gewerkschaft) wird den eindeutigen Schwerpunkt unserer Arbeit darstellen. Wir glauben dadurch zu einer kontinuierlichen Arbeitsweise zu kommen.

Diese Arbeitsgruppen stellen die Grundlage für einerseits gut recherchierte Artikel dar, andererseits verschaffen sie uns die Möglichkeit in wichtigen Bereichen immer "VORORT" zu sein. Dieses ist nicht so zu verstehen, daß wir über Ereignisse nur berichten wollen, sondern wir werden versuchen, in den genannten Bereichen selber aktiv zu werden.

Einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit sehen wir in dem Versuch, die soziale Zusammensetzung der Redaktion zu ändern. Die bisher vorherrschende Dreiteilung der Zeitungswirtschaft in "nur Informant", "nur Leser" und "nur Redakteur" muß aufgehoben werden.

Deswegen fordern wir alle Interessenten auf, uns nicht nur Informationen zu geben, die Zeitung nicht nur zu kaufen, sondern auch aktiv innerhalb der Redaktion oder einer ihrer Arbeitsgruppen mitzuarbeiten. Unsere Redaktionssitzungen sind nach wie vor öffentlich und finden jeden Mittwoch um 19 Uhr im Falkenheim auf der Wilhelmstr. in Wanne-Eickel statt.

Kontaktaufnahmen zu einer der Arbeitsgruppen kann entweder auf den Redaktionssitzungen oder bei unserer Redaktionsadresse geschehen. Hinweisen möchten wir ferner noch auf unseren Artikel "in eigener Sache". Dort geben wir einen kurzen Abriss unserer Ziele.

FORTSETZUNG
SEITE 3

Der Prozeß

In der letzten Ausgabe der VOR ORT brachten wir einen Artikel mit dem Titel "Gysenberg", worin wir eine kritische Bilanz der "Fröhlichen Ferienstadt" zogen.

Der Artikel erregte WAZ-Lokalredakteur Thiele und Mitstreiter Stiebling so sehr, daß sie am 30. Nov. 77 auf einer der öffentlichen Redaktionssitzungen der VOR ORT im Falkenheim erschienen. Thiele versuchte uns als geneßener (journalistischer) Kollege von seinen edelen Absichten zu überzeugen. Als er im Verlauf der Diskussion zugab, daß aus pädagogischer Sicht nicht alles rosig bei Ferienstadt verlaufen sei, schlugen wir eine öffentliche Erörterung der Probleme vor. Daran war Thiele jedoch nicht gelegen. Er forderte uns auf, in Zukunft derartige Artikel zu unterlassen. Nachdem wir ihm mitgeteilt hatten, seine Argumente hätten uns nicht überzeugt, verließen er und Stiebling die Sitzung.

Am nächsten Tag erhielt der Verantwortliche der VOR ORT einen Brief der Anwälts von Herren Thiele, in dem er androhte, eine einstweilige Verfügung gegen die VOR ORT zu erwirken, falls eine Liste von neun Behauptungen weiterhin aufrecht erhalten würde. In einem Antwortschreiben des VOR-ORT-An-

PORTSETZUNG VON SEITE 2

Zu Punkt a) dürfen wir auch weiterhin behaupten, daß der wesentliche Teil der Geldspenden von der Herner Geschäftswelt stammt. Ein kleiner Teil kann aber auch von Privatpersonen gespendet worden sein. Zu Punkt b) können wir nicht mehr aufrecht erhalten, da es sich um eine

Fehlinformation unseres Informanten handelte, wie sich aber erst später herausstellte. Hier müssen wir selbstkritisch eingestehen, daß unsere Nachforschungen nur oberflächlich durchgeführt und die Informanten nicht genügend überprüft wurden. Den zweiten Antrag hatte Thiele als Einzelperson gestellt. Er lautete:

- 1. Dem Antragsgegner wird geboten, bei Meldung eines Ordnungsgeldes bis zu 50.000.— DM, im Nichtbeitragsfall von Ordnungshaft oder Ordnungshaft bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu unterlassen, in der Zeitung "Vorort" oder in anderen Pressorganen zu behaupten oder durch Dritte behaupten zu lassen:

Der Antragsteller habe in einem persönlichen Schreiben an den Oberstadtdirektor gefordert, Herrn Dr. Guimbous zu entlassen.

- 2. Der Antragsgegner hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. 3. Der Streitwert des Verfahrens wolle vom Gericht festgesetzt werden.

Quintessenz des Ganzen: wir dürfen nicht mehr behaupten, daß Herr Thiele die Entlassung von Dr. Guimbous gefordert hat. Was wir ausdrücklich aufrecht erhalten: Thiele hat die Kündigung von Dr. Guimbous gefordert! Der juristische Unterschied: Entlassung bedeutet Entfernung aus allen Dienststellen der Stadt, Kündigung Entfernung von einem ganz bestimmten Arbeitsplatz, mit der Möglichkeit bei der Stadt angestellt zu bleiben. Die beiden Verfahren endeten mit Vergleichen, bei denen die Kosten geteilt werden. Trotz dieser juristischen

Tricks werden wir auch in Zukunft versuchen Licht hinter die Kulissen der "Fröhlichen Ferienstadt" und die Mächenchaften der Herren Thiele und Co. zu bringen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist der Artikel "Fröhliche Ferienstadt 77 - ein Jahresabschlußbericht" in dieser Ausgabe.

(Seite 2)

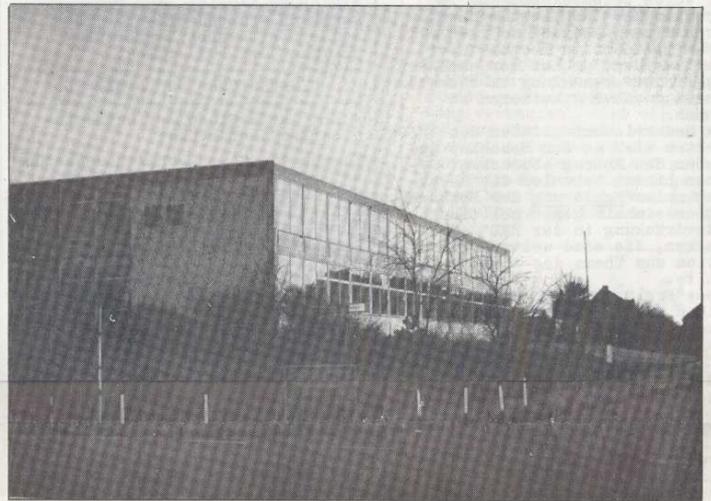
Thiele auf der VOR ORT-Sitzung am 30. 11. 77: "Wenn ich ein Schwein wäre und sie anzeigen würde..." Am 12. 12. 77 stellte Thiele beim Landgericht Antrag auf einstweilige Verfügung gegen die VOR ORT.

Skandal an der Gustav-Adolf-Schule

Unterrichtsausfall ist an der Gustav-Adolf-Schule in Eickel ein altbekanntes Problem. Anfang 1977 betrug der Stundenausfall schon über 30 %, und in den letzten Monaten ist das Problem wieder besonders akut geworden.

Durch den Ausfall zweier Lehrerinnen entstand Ende des Jahres 77 ein Defizit von 56 Wochenstunden. Das sind etwa soviel Stunden wie sie zwei Klassen in einer Woche erhalten. Man hätte dieses Defizit leicht beheben können, da drei Lehrer nur als Teilzeitkräfte, das heißt zu 2/3, beschäftigt sind, aber dies war, angeblich aus finanziellen Gründen, nicht möglich. Bei über 230 zu erwartenden Fehlstunden im letzten Quartal von 77, wurden die Eltern natürlich sauer, und begannen aktiv zu werden, indem sie einige "Persönlichkeiten" wie den Kultusminister, den Oberstadtdirektor und viele mehr

über die Mißstände in Kenntnis setzten. Die Herren schienen sich jedoch mit anderen Sorgen abzugeben, denn außer Helmut Hellwig (SPD), der die Eltern auch nur vertröstete, schien es zunächst niemand für nötig zu halten, eine Antwort zu geben. Daraufhin wurde für den 2. 12. 77 eine Schulgemeindeversammlung einberufen, auf der die folgende Resolution, die in ähnlicher Form auch als Petition an den Landtag ging, dort jedoch abgewiesen wurde, verabschiedet wurde: "Betrifft: Resolution auf Grund von Unterrichtskürzungen. An o. a. Schule fand am 2. 12. d. J. eine Schulgemeindeversammlung statt. Als Gäste wurden der Schulrat des Schulaufsichtsbezirks 2, Vertreter der Landtagsabgeordneten von SPD und CDU, Mandatsträger der Stadt Herne und Vertreter der GEW und des VBE um Stellungnahme zum Unterrichtsausfall an unserer Schule gebeten. Die Mandatsträger von Land und Kommune sowie die Vertreter der Gewerkschaft überzeugten sich von dem Mißstand an unserer Schule und unterstützen beigefügte Resolution, die von den rund 250 anwesenden Eltern einstimmig beschlossen wurde."



"ENTSCULDIGUNG" zu KOOP

Nach den Vorfällen um die Kooperative Schule am Wanner Gymnasium verteilte die Schülerzeitung "Entschuldigung" ein Flugblatt mit dem Titel "Entschuldigung-Extra - zum Volksbegehren zur Kooperativen Schule". Hier Auszüge:

"Was ist das für ein Volksbegehren? Vom 16. 2. bis zum 1. 3. 78 läuft das Volksbegehren gegen die Kooperative Schule in NRW. Was ist die kooperative Schule? Die Koop-Schule sieht die räumlich Zusammenlegung der Schulformen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) vor mit einer 23jährigen Orientierungsstufe, d. h. in den Klassen 5 und 6 werden die Schüler schulformunabhängig unterrichtet. Also findet die Trennung in die drei Schulformen erst 2 Jahre später statt. In kooperative Schulen überhaupt eingeführt werden, entscheiden die jeweiligen Gemeinden. Die kooperative Schule ist kein Weg zur Gesamtschule, das hat die Regierung immer wieder beteuert und sie läßt auch die Gesamtschulversuche in NRW auslaufen. Es ändert sich also kaum etwas."

verbänden und Funktionären der CDU. Dieselbe CDU, die sich jetzt so vehement für das Volksbegehren einsetzt, reichte am 15. 11. 77 einen Antrag in den Landtag ein, der die Einführung eines Schulversuchs "Kooperative Gesamtschule" vorsah. Die Kooperative Gesamtschule war nichts anderes als die jetzt bekämpfte Kooperative Schule. Außerdem sind in einigen CDU-regierten Ländern ebenfalls kooperative Schulen geplant (Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz etc.).

Es geht also bei diesem Volksbegehren nicht ernsthaft nur gegen die kooperative Schule, die die CDU ja selbst vorgeschlagen hat.

Wir sind vielmehr der Meinung, daß es bei diesem Volksbegehren darum geht, jegliche Schulreform unmöglich zu machen, vor allen Dingen die Gesamtschule."

Warum also dieses Volksbegehren und wer steckt da hinter? Das Volksbegehren wird hauptsächlich organisiert von konservativen Lehrer- und Eltern-

»Schutz« für den Lärm

Am 21. Dez. letzten Jahres hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf "gegen den Straßenverkehr" verabschiedet. Danach sind Ausgaben in Höhe von rund 470 Mio. DM für Lärmschutzwälle und Schallschutzfenster vorgesehen. Doch gleichzeitig sollen die zulässigen Höchstwerte der Lärmbelastung gegenüber früheren Gesetzentwürfen gesenkt werden. Bisher gibt es keine bindenden Vorschriften zu Höchstwerten von Straßenlärm. Als Richtwerte wurden bisher laut DIN-Norm folgende Lärmpegel als zulässig angenommen: (gemessen in Dezibel, dem Maß für den Schalldruck. Der Wert vor dem Schrägstrich steht für die Tages- und der zweite für die Nachtzeit)

Reine Wohngebiete: 50/30 dB
Mischgebiete: 55/40 dB

Diese Werte sollen nach dem neuen Gesetzentwurf erhöht werden auf:

Reine Wohngebiete: 65/55 dB
Mischgebiete: 70/60 dB
Gewerbegebiete: 75/65 dB

Die Verantwortungslosigkeit der Regierung wird deutlich, wenn man die vorgeschlagenen Änderungen mit medizinisch ermittelten Werten vergleicht:

"Die...akzeptablen Innengeräuschpegel liegen nachts bei 25 bis 30 und tagsüber bei 35 bis 40 dB. Oberhalb von 40 Dezibel beginnt der kritische Bereich, wenngleich Geräuschpegel von bis zu 45 dB noch von vielen Menschen toleriert werden" -so der Mediziner, Prof. Dr. Klosterkötter (in 'Kampf dem Lärm'). Zum Vergleich beträgt der Spitzenlärm einer Stadtautobahn etwa 90 dB, der Dauerpegel etwa 75 Dezibel.

Wie es jedoch kommen kann, wenn man sich auf die Versprechungen einiger hoher Herren verläßt, machen zwei Überschriften aus der WAZ deutlich:

3. 12. 77: SCHULPFLEGSCHAFFT BLÄSST NACH DEBATE DEN PROTESMARSCH AB
3. 2. 78: TROTZ DES LEHRERMANGELS KAUM NEUE EINSTELLUNGEN

Daß die Forderungen der Eltern jedoch berechtigt und einfach zu erfüllen sind, liegt auf der Hand, wenn man bedenkt, wie viele Lehrer arbeitslos sind, bzw. wie viele nur teilbeschäftigt sind, um die Arbeitslosigkeit zu verschleiern. Dazu kommt noch, daß durch Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei manche Lehrer erst gar nicht in den Schuldienst eingestellt werden, und so ihrer Existenzgrundlage beraubt werden. Der Kampf für eine vernünftige Ausbildung an den Schulen ist also auch gleichzeitig ein Kampf gegen Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung.

GASTSTÄTTE Pils-STUBEN
Bickernstr. 65 Tel. 52188
Preiswerter Mittag- und Abendtisch

10 Kollegen aus GEW - Bochum ausgeschlossen !

Bei Redaktionsschluss erreichte uns noch die Meldung, daß der Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auf seiner Sitzung am 11. Februar 78 zehn Kollegen des Ortsverbandes Bochum aus der GEW ausgeschlossen hat. Der Vorstand des Landesverbandes von NRW hatte den Ausschluß von 17 Bochumer GEW-Mitgliedern beantragt, darunter fast der gesamte Vorstand, sowie die INFO-Redaktion. Zur Dokumentation der Ereignisse drucken wir im folgenden einen Artikel aus dem BOCHUMER VOLKSBLATT Nr. 11 ab:

Diskussionsverbot in der GEW

WAS IST GESCHEHEN ?

Einige Kolleg(inn)en brachten auf der Mitgliederversammlung des GEW-Ortsverbandes Bochum im November 77 einen Antrag ein, der sich gegen die Pläne der CDU/CSU wandte, die Gruppen KPW, KPD, KPD/ML von Bundesverfassungsgericht verbieten zu lassen. Da dieser Antrag wegen Zeitmangel nicht mehr behandelt werden konnte, wurde beschlossen, ihn im nächsten GEW-INFO abzudrucken. Durch diesen Abdruck sollten alle GEW-Mitglieder in Bochum informiert werden, um auf der nächsten Mitgliederversammlung im Dezember besser darüber diskutieren zu können. Die Redaktionsmitglieder des INFOS hielten sich an den Beschluß und ließen den Antrag abdrucken. Darüber hinaus beschloß die Redaktion, eine "Erklärung der Bochumer Aktionseinheit gegen politische Unterdrückung in der BRD" abzudrucken, die eine weitere Information zum Thema des Antrags sein sollte. Diese Erklärung war -neben ESG, Falken und anderen Gruppen- auch unterzeichnet von K-Gruppen. Die INFO-Redaktion und der Bochumer Ortsvorstand der GEW sehen in dem Abdruck einen Beitrag zur innergewerkschaftlichen Meinungsbildung. Bundes- und Landesvorstand sehen das anders.

WER SUCHT, DER FINDET

- Die Reaktion des Bundesvorstands - Seine Reaktion erfolgte schneller als die Bochumer Kollegen in der Lage waren, den Inhalt der Anträge zu diskutieren. Die Mitgliederversammlung im Dezember sah sich

gezwungen, über die drohenden innergewerkschaftlichen Schwierigkeiten zu reden. Sie sprach ihrem Vorstand mit knapper Mehrheit das Vertrauen aus. Die endgültige Bestätigung für ihre Ausschlußverfahren flatterte den 17 Kollegen als Neujahrsgruß ins Haus. Der Bundesvorstand sieht im Inhalt des Antrages eine Verleumdung der Gewerkschaften. Darüberhinaus befindet er, daß der Abdruck der Erklärung bereits eine Unterstützung von Gruppen bedeutet, die unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB fallen.

DISKUSSIONS- UND DENKVERBOT ?

- Eine neue Stufe der Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Kommen die Gewerkschaftsausschlüsse so durch, dann bedeutet dies, daß bereits innergewerkschaftliche Kritik an den Unvereinbarkeitsbeschlüssen selbst ein Grund für Gewerkschaftsausschlüsse sein kann. Es soll schon die Information über politische Aktivitäten und Einschätzungen unterbunden werden, an denen in irgendeiner Weise politische Gruppierungen beteiligt sind, die unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallen. Information über eine Sache wird also gleichgesetzt mit deren Unterstützung. Man könnte sich fragen, ob die Kritik an den geplanten Ausschüssen bereits wieder unvereinbar ist mit der GEW-Mitgliedschaft, morgen vielleicht die Kritik der Kritik, übermorgen ... ? Oder anders gefragt: Droht morgen den Kollegen auch der Ausschluß die Kritik üben an der Tarifpolitik der Gewerkschaften? Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse

sind innerhalb der Gewerkschaften zunehmend strittiger. So hat die IG Druck und Papier auf dem letzten Gewerkschaftstag die Aufhebung beantragt.

FOLGEN FÜR DIE BETROFFENEN

Die vom Ausschluß bedrohten Kolleg(inn)en haben jahrelang aktiv in der Gewerkschaft mitgearbeitet. Eine solche Arbeit führt bekanntlich häufig zu Anfeindungen im Beruf. Jetzt soll den Kolleg(inn)en von der Organisation, die eigentlich eine Schutzfunktion für sie als Arbeitnehmer haben sollte, die Solidarität entzogen werden. Ausschlußverfahren aus Gewerkschaften waren in der Vergangenheit Vorläufer von Berufsverboten, und auch dagegen wollen sich Gewerkschafter wieder stärker einsetzen - laut IG-Metall-Jugendkongress im Dezember. Nach Erhalt der Briefe, in denen das Ausschlußverfahren angekündigt wird, haben die betroffenen Kolleg(inn)en eine gemeinsame Stellungnahme verfaßt, in der sie das Recht auf freie Diskussion und Meinungsbildung in der Bochumer GEW betonen. Sie treten gleichzeitig der Meinung entgegen, daß Abdruck eines Artikels gleich Zustimmung zum Inhalt bedeutet.

OFFENSIVE DES LANDESVORSTANDS

Noch ein Brief: Rechtzeitig vorder Mitgliederversammlung am 26. Januar erhielten alle Mitglieder der Bochumer GEW einen Brief vom Landesvorstand, der erneut schwere Vorwürfe gegen den Vorstand enthält. In diesem Brief wird dem Bochumer Vorstand "unerträglich einseitige Politik" vorgeworfen. Der Abdruck des Antrages und der Erklärung wird so gewertet, als stünden die Kolleg(inn)en 100%ig hinter dem Inhalt.

GEWERKSCHAFTLICHE SOLIDARITÄT

- Mitgliederversammlung übt kritische Solidarität Unter dem Eindruck des Briefes des Landesvorstands fand die Mitgliederversammlung (MV) statt. 125 der anwesenden 140 GEW-Mitglieder fordern die Zurücknahme der Ausschlußanträge. Ein wichtiger Schritt für die mögliche Verhinderung der Ausschlüsse. Allerdings wird die Tatsache, daß der Abdruck der beiden Texte im GEW-INFO unkommentiert war, inzwischen als Fehler angesehen. Texte mit weitreichenden politischen Vorstellungen sollen durch gewerkschaftliche Standpunkte kommentiert werden.

Aussperrung bei eventuellen Streiks macht dies deutlich. Es kann aber für die Lohnabhängigen nicht um Zurückhaltung oder Verzicht gehen; es geht allein um unsere Interessen zum Erhalt unseres Lebensstandards. Nur davon sollten wir uns leiten lassen.

Die Notwendigkeit zur Solidarität wird noch deutlicher, durch die Vorhaben der öffentlichen Arbeitgeber von Bund, Ländern und Gemeinden. Im Bereich des öffentlichen Dienstes sind wieder einmal (so wurden im letzten Jahr z. B. mit Einwilligung der ÖTV-Führung die Bezüge der Erzieher im Anerkennungsjahr gekürzt!) Lohnkürzungen, bzw. -streichungen geplant.

Kürzung der Beamtenanwärterbezüge der Besoldungsgruppen A1 bis A11 auf den Satz des Befüßigen in der Höhe von ca. 600 DM! Kürzung der Beamtenanwärterbezüge der Besoldungsgruppen A12 und A13 auf den Satz der Graduiertenförderung in der Höhe von ca. 800 - 1.200 DM! Streichung der Bezüge im Anerkennungsjahr für Erzieher, Kinderpfleger, Sozialpädagogen, Sozialarbeiter durch Eingliederung in das Studium, was ein Verlust von ca. 14.000 - ca. 18.000 während dieses Jahres ausmacht! Einführung des Schüler- bzw. Studentenstatus für Auszubildende in der Krankenpflege mit der Folge des Verlusts jeglicher gewerkschaftlicher Rechte!

Lohnrunde 78 Chemie

Die VEBA will in Eickel mit 60 bis 70 Millionen die Aceton-Chemie ausbauen. Dadurch sollen "einige" Arbeitsplätze geschaffen werden. Was aber sind "einige"? Drei, vier, fünf oder gar zehn? Man weiß es nicht. Was man aber im Westfälischen Arbeitgeberverband für die chemische Industrie weiß: die 7% Forderung der IG Chemie ist weit überhöht! Es sei ein Umsatzrückgang von 3,2% zu beklagen, aber die Lohnkosten, die sind um 6,3% gestiegen. Halt! Stop! Wenn das so ist, wo kommen denn dann die Millionen für den Ausbau her? Vom lieben Gott? Nein! Denn wenn man den Kapitalisten trauen kann, dann kommen sie aus einer Umsatz-



steigerung! So schreibt die Commerz-Bank in ihrer Broschüre "Die großen Unternehmen Westeuropas": VEBA, sechstgrößtes Unternehmen Westeuropas, Umsatzsteigerung 1977 gegenüber dem Vorjahr (1976): plus 10%! Aha! Da hackt also eine Krähe der anderen ein Auge aus! Glauben wir nicht. Ist das Ganze nicht ein Verwirrspiel, immer dann, wenn es um mehr Geld geht? Altes Lied? Altes Lied, solange man sich es gefallen läßt.

Metall

Die metallverarbeitende Industrie macht zur Lohnrunde 1978 das Angebot von 3,5% - lächerlich! Begründet mit der schlechten Auftragslage und überhaupt. Was sagen die Tatsachen? Die Metallindustrie schwimmt in Geld! Die IG Metall berichtet: von 70 bis 76 stiegen die Bruttogewinne um 80 (in Worten: achtzig) Prozent von 12,2 Milliarden auf ca. 22 Milliarden! Bei den Nettogewinnen sieht das noch günstiger aus. Die Investitionen halten sich in dem Zeitraum 70 - 76 per anno um 13 Milliarden. Im gleichen Zeitraum aber hat die Beschäftigungszahl um rund 10% angenommen. Wie heißt es noch so schön: bei Normalisierung der Gewinne wird sich die Beschäftigungslage zum Besseren wenden. Wer ist hier eigentlich normal? Die Arbeiterschaft, wenn sie gerechte Lohnerrhöhung fordert oder die da oben, die ihr Geld nicht mehr zählen können!?

Übrigens: die Wanne-Eickeler GEA-Gruppe erhöhte ihren Umsatz im Geschäftsjahr 1977 um 9,3%. Trotzdem droht sie, zwar sanft, für 1978 die Beschäftigung ist zwar gesichert, aber ob das so bleiben wird! Denn 1979 braucht Frau Happel, die Besitzerin der GEA, wie der Schah eine goldene Badewanne. Proleten, freßt doch Magarine!



Ötv - Kollegen Spinner ?

"Tarifpolitik ist keine Spielweise für politische Spinner", meinen die ÖTV-Sekretäre Gathmann und Reuter am 10. 1. in der WAZ. (Der Tarifrunde sind übrigens noch Post, Bahn und Lehrer angeschlossen.) 7,5 % Lohnerhöhung hielten sie für "durchaus realistisch". Als "politische Spinner auf der Spielweise" sollen wahrscheinlich all die Kollegen hingestellt werden, die sich für eine Sockel- bzw. Festgeldforderung einsetzen. Gathmann: "Wir brauchen ein höheres Einkommen..." Bei der Forderung nach einem Prozentbetrag heißt das eindeutig: der kleine Teil der Besserverdienenden soll mehr bekommen als die meisten der Kollegen, obwohl die Preissteigerungsrate für alle gleich hoch ist. Die Lohnspanne soll sich weiterhin vergrößern.



Es ist nicht die Ausnahme, daß Festgeldforderungen von Gewerkschaftsfunktionären, bzw. -führung als Spinnererei hingestellt werden. Im GEW-Schnellbrief 1/77 (Festgeldforderung darf nicht zum Fetisch werden) wurden Fachgruppen, die eine Festgeldforderung aufstellten, "festgeldferngesteuert" genannt. Die Mitgliederversammlung der GEW Herne tritt auch in diesem Jahr für einen Festgeldbetrag ein, "dessen Höhe nicht unter 200 DM liegen darf". Begründet wird die Forderung folgendermaßen:

Die Mitgliederversammlung ist nicht der Meinung, daß eine Prozentforderung geeignet ist, den sich in den letzten Jahren vollziehenden realen Lohnabbau vor allem für die unteren Lohngruppen aufzuhalten und den Lebensstandard zu sichern. Eine Prozentforderung läßt zudem die Unterschiede zwischen den einzelnen Lohngruppen noch weiter voranschreiten und bewirkt somit eine Entsolidarisierung im Lohnkampf. Eine Lohnforderung in Struktur und Höhe, für die es sich zu kämpfen lohnt, ist um so wichtiger, als wir vor einer sehr schweren Tarifrunde stehen. Die Propaganda von Unternehmen, Banken, Wirtschaftsforschungsinstituten und Politikern gegen Lohn erhöhungen und die Drohung mit

In Heitkamp-Bussen zur DGB-Demo

Allen Sicherheitsbedenken zum Trotz beschloß die Bundesregierung Mitte Dezember den Ausbau der Kernenergie-Produktion. Grund: Der massive Druck der Energie-Konzerne, letztlich in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

40 000 wurden am 10.11.77 in Firmenbussen der Energie-Konzerne nach Dortmund gekarrt. Die Transportanten der Demonstranten waren weitgehend während der Arbeitszeit gefertigt, wie auch die Demonstration an einem ganz normalen Arbeitstag bei vollem Lohnausgleich stattfand. Die Unternehmen stellten die Demonstranten frei, zahlten Spesen (RWE z.B. 20 DM für jeden der 5000 Demonstranten aus ihrem Betriebsbereich), stellten Busse und Frühstückspakete. Die Veranstaltung war von langer Hand geplant, doch nicht vom Veranstalter DGB. Dieser entschloß sich recht spät zur Unterstützung der Kundgebung. Drahtzieher waren die Energie-Konzerne in Zusammenarbeit mit ihren Betriebsräten. Wichtigstes Organ bei der Vorbereitung war der "Aktionskreis Energie der Betriebsräte", ein Zusammenschluß von Betriebsräten aus Firmen der Energieversorgung und der Energietechnik. Die Liste der vertretenen Gesamtbetriebsräte reicht von SIEMENS; MAN, KWU bis HOCHTIEF,

HEITKAMP.... Ziel des Arbeitskreises: Erwärmung von Bürgern und Politikern für den Atomstrom.

Dank des großzügigen Beistandes der Konzerne war vieles möglich: Riesenanzeigen in der Gewerkschafts- und Wirtschaftspressen, 300 000 Exemplare der Hochglanz-Broschüre "Jetzt sind wir dran", Briefaktionen an Politiker und Gewerkschaftler... Geschult wurden viele Betriebsräte durch Referenten aus Energie- und Wirtschaftsforschungsinstituten.

Erst im Oktober (!) als sich in Dortmund 1000 Betriebsräte trafen, wurden die DGB-Obersten hellwach. Nach dem Motto "Hoppla jetzt komm ich", stellten sie sich an die Spitze der längst für den 10.11.77 geplanten Pro-Atomenergie-Kundgebung im Dortmunder Westfalenstadion und somit der Interessensvertretung der Industrie-Giganten.

Aus DGB-Kreisen verlautete, daß man zunächst auf der Basis der alten Beschlüsse nicht daran gedacht habe, die Demonstration zu

unterstützen, dann jedoch aus Furcht "die Veranstaltung könne zu einer antigewerkschaftlichen Veranstaltung ausufern" mitaufgerufen wurde, um sich "lieber an die Spitze der Bewegung" zu stellen.

Ein Deligierter des IG-Metall Kongresses in Düsseldorf meinte dazu: "Wenn man die ganze Diskussion der letzten Monate verfolgt, dann kommt das einem so vor, als ob es wirtschaftlichen Interessen gelungen sei, die Gewerkschaften und ihre Repräsentanten vor ihre eigenen Interessen zu spannen."

Das scheint in der Tat die tiefende Erklärung für den Sinneswandel des DGB von der beschlossenen Position des bedingten Baustopps für Atomkraftwerke vom April 1977 zur Unterstützung der Pro-Atom-Demo in Dortmund zu sein.

Vergessen ist die Frage der Gefährlichkeit der Atommeiler, die Unsicherheit bei der Lagerung des Atomabfalls. Herhalten muß das beliebte Argument der "Sorge um die Arbeitsplätze". Keine Erwähnung findet dabei, daß mehr Energie auch mehr Automatisierung und Rationalisierung, also Vernichtung von Arbeitsplätzen bedeutet.

Dienstaufsichtsbeschwerde

Bereits in den letzten Ausgaben der VORORT berichteten wir über die NPD-Provokationen auf der Hauptstraße in Wanne. Wiederholt konnten wir feststellen, daß den Nazis die Benutzung einer Lautsprecheranlage zugestanden wurde. Als jetzt die VORORT-Redaktion die Erlaubnis für die Benutzung eines Megaphons beim Ordnungsausschuss beantragte, erhielt sie einen ablehnenden Bescheid! Die Verweigerung wurde damit begründet, daß nur zu Wahlkampfzwecken die Benutzung von Lautsprecheranlagen oder Megaphonen möglich sei. In einem Telefonat mit Herrn Bierbaum vom Ordnungsausschuss wurde uns versichert, daß unsere Aktion nicht im öffentlichen Interesse liege, wohl aber die Provokationen und Morddrohungen der Nazis.

Damit dieser Sachverhalt einmal von höherer Stelle geprüft werden kann, haben wir beim Regierungspräsidenten eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Dr. Raddatz als obersten Dienststern eingereicht. Denn es geht einfach nicht an, daß die Begehung von Straftaten durch die Nazis im öffentlichen Interesse liegen soll.

In dem erwähnten Telefonat mit dem Herrn Bierbaum erfuhren wir den besonderen Grund für die Verweigerung der beantragten Erlaubnis: wir wären nicht gemeinnützig und würden gewinnträchtig unsere Zeitung verkaufen, weil wir unsere Zeitung kommerziell vertreiben würden. Außerdem würden wir den Verkehr auf der fußläufigen Hauptstraße beeinträchtigen. Jetzt hat der Regierungspräsident zu Arnberg erstmal das Wort!

DORTMUND 10.11.77

Ein ganz neues Demonstrationsgefühl - Die Bosse stellen die Busse, der DGB Bier, Würstchen und Redner die Polizei regelt den Verkehr - die Unternehmen erteilen Demo-freid und packen Stullen sein - der Lohn wird fortgezahlt und Demonstrationsprämie - die Transportantengänge bleiben ungekürzt, die Wasserwerfer im Stall, die Flachmänner sind keine Wurfgeschosse mehr, für Wagenheber gibt's keine Quittung - die Polizei meldet: 40 000 - die Veranstalter melden: 40 000 - die Presse berichtet: 40 000 - wie anders als in Brokdorf, in Kalkar, in Grohnde.



RUSSELL-TRIBUNAL SOLL VERBOTEN WERDEN

Das Bonner Innenministerium erwägt ein Verbot des für Ostern geplanten internationalen Russell-Tribunals über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik. Das geht aus einem Geheimpapier des Referats "Öffentliche Sicherheit 2" hervor, das dem Komitee und dem "Kölnner Volksblatt" zugespielt wurde.

Zur Verhinderung des als politisch gefährlich eingestuftes Tribunals - es könnte nach Ansicht des Innenministeriums zu einer Stärkung der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik beitragen - wird in dem Papier eine Reihe von zu weit polizeilichen Maßnahmen beschrieben. Es stellt gleichsam die polizeiliche und juristische Fortsetzung jener Kampagne gegen die Durchführung des Tribunals dar, die zunächst vom SPD-Parteivorstand und von der Bundesregierung mit politischen Verleumdungen begonnen worden war.

Das Papier und die in ihm beschriebenen alternativ oder kombiniert zu ergreifenden Maßnahmen ist erschreckend und erhellend zugleich. Es zeigt eindrucksvoll, wie hierzulande zunehmend polizeiliche Überlegungen und politische Ignoranz die Formen der politischen Auseinandersetzung beherrschen. Es zeigt, welchen Wahrheitsgehalt die Regierungserklärungen über das Ausmaß der Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland haben, und daß bereits eine untersuchende Tätigkeit wie die des Russell-Tribunals kriminalisiert wird.

Unfreiwillig hat das Innenministerium damit einen Beitrag für die Arbeit des Tribunals geleistet, hat die Notwendigkeit, es abzuhalten, noch einmal unterstrichen. Im Folgenden werden die wichtigsten Passagen des Geheimpapiers dokumentiert:

RAUMVERBOTE

"Einwirken auf Persönlichkeiten und Gruppen des demokratischen Spektrums, sich nicht an dem Vorhaben zu beteiligen und es nicht

zu unterstützen. Eine solche Aufforderung erscheint erforderlich, auch wenn sie nach bisherigen Erfahrungen nur teilweise befolgt werden dürfte. Einer solchen Bitte könnte zusätzliches Gewicht dadurch verliehen werden, daß sie aufgrund eines Kabinettsbeschlusses - der Bundeskanzler an die Ministerpräsidenten der Länder sowie an die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien und

- die Bundesminister an die jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich in Frage kommenden Spitzenverbände und Landeskollegen mit der Bitte richten würden, ihren Einfluß jeweils in der gleichen Richtung geltend zu machen. Dabei bleibt zu bedenken, daß eine solche Aktion (schon wegen ihrer Seltenheit) dem Tribunal nicht zu angemessener Publizität verhelfen darf.

In diesem Appell, das Tribunal nicht zu unterstützen, sollte eingeschlossen werden die Aufforderung, keine öffentlichen Räume (in Berlin) für die Durchführung oder (im gesamten Bundesgebiet) für vorbereitende Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen."

VERBOTE

"- nach dem Versammlungsgesetz Die Möglichkeit, das Tribunal oder es vorbereitende Versammlungen zu verbieten, ist von den jeweils zuständigen Ordnungsbehörden zu prüfen. Erwogen werden könnte ein Verbot nach § 5 Ziff. 4 Versammlungsgesetz, falls sich hinreichende Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die

Veranstalter Äußerungen etwa von sogenannten Zeugen, Jurymitgliedern und anderen dulden werden, die ein Verbrechen oder ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben. In Betracht komme z. B. Strafbestände nach §§ 89, 90a, 111, 126, 130, 140 StGB. Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen über die Haltung und Äußerungen der das Tribunal vorbereitenden oder unterstützenden Gruppen kann sowohl mit derartigen Erklärungen als auch damit gerechnet werden, daß die Veranstalter des Tribunals solche Erklärungen als Teil der von ihnen benötigten, die staatliche Organe der Bundesrepublik "belastenden" Zeugenaussagen dulden werden."

- nach dem Vereinsgesetz Da sowohl das Vorbereitungsgesetz als auch die Unterstützungsinitiativen Vereine im Sinne von § 3 VereinsG. sind, kommen Vereinsverbote gem. § 3 VereinsG. in Betracht, falls festgestellt werden kann, daß ihre Zwecke oder ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten. Derartige Verbote können wegen der Möglichkeit, ihren sofortigen Vollzug anzuordnen und die Vereinsvermögen zu beschlagnehmen und einzuziehen, nachhaltige Wirkung haben. Die o. g. für eine Verbotserklärung erforderlichen Nachweise dürften jedoch kaum zu führen sein.

- nach dem Ausländergesetz (§§ 6, 10 i. V. m. § 18 AuslG. und ggf. § 12 Aufenth.Gesetz/EWG) In der Bundesrepublik lebenden Ausländern könnte die Beteiligung am Russell-Tribunal durch ein Verbot politischer Betätigungen gem. § 6 AuslG. untersagt werden. Zum Tribunal oder zu seiner Vorbereitung einreisende Ausländer könnte die Einreise verwehrt werden, da angenommen werden muß, daß ihre Anwesenheit erhebliche Belange

Mehrarbeit

Man soll es nicht für möglich halten; während über 1 Million Menschen in der BRD ohne Arbeit sind (und dies z.T. schon im 3. Jahr), wird still und heimlich die Wochenarbeitszeit der beschäftigten Kolleginnen und Kollegen erhöht. So stieg 1976 die durchschnittliche Wochenarbeitszeit trotz Kurzarbeit gegenüber 1975 bei Männern um 0,8 Stunden oder 1,9%, bei Frauen sogar um 1,3 Std. oder 3,4%. Bis April 77 stieg die Wochenarbeitszeit nochmals um 0,3 Std. = 0,7% bei den Männern und um 0,2 Stunden oder 0,5% bei den Frauen. Krise bei uns bedeutet offensichtlich: Keine Arbeit für Arbeitslose - Mehrarbeit für die Beschäftigten! (Alle Daten aus dem Jahresgutachten 76/77 und Monatsberichten der Bundesregierung)

der Bundesrepublik aus anderen als in § 10 Abs. 1 - 10 genannten Gründen beeinträchtigen würde."

FÖRDERUNGSENTZUG

"Sollte festgestellt werden, daß von der öffentlichen Hand finanziell geförderte Gruppen das Tribunal unterstützen sollte ihnen diese Förderung entzogen werden, falls sie ihre Unterstützung nach Aufklärung über Ziele und Zusammenhänge der Difamierungskampagnen nicht einstellen. Förderung solcher Gruppen könnte u. U. durch EMJFG u. BMWV erfolgen."

VERWIRKUNG VON GRUNDRECHTEN

NACH ARTIKEL 18 GG Weiterhin steht in dem Geheimpapier, daß Personen, die mit der Vorbereitung oder der Durchführung des Tribunals beschäftigt sind "die in Art. 18 genannten Grundrechte z.B. ... Freiheit der Meinungsäußerung (Art. 5), ... Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1), ... Versammlungsfreiheit (Art. 8) ... Vereinigungsfreiheit (Art. 9)" aberkannt werden könnten.

Jedoch halten die Verfasser des Papiers diese letzte Maßnahme gegen die Organisatoren des Russell-Tribunals für zu aufwendig und auch zu unangemessen, da die vom Verfassungsgericht geforderten Anforderungen zu hoch sind.

Strassenplanung: kreuz und quer

50 Millionen sind für den Bau der Westtangente veranschlagt. Dem geplanten 4spurigen Autobahnzubringer werden Sportplätze, Schrebergärten, sogar ganze Häuserblocks weichen müssen. Abgerissen werden Häuser auf der Röhlinghauser- und der Martini-straße. Der Schrebergarten an der Dürerstraße wird einplaniert. Auf der Schlachthofstraße fallen die Häuser der Nummern 19 bis 23 der Westtangente zum Opfer. Auch der Spielplatz Ecke Gelsenkirchenstraße wird demontiert. Mit der Ruhe in der Siedlung Mathildenstraße/Schalkestraße usw ist's dann vorbei, die Fronthäuser werden zerstört, und der Lärm dringt in Höfe und Gärten. Ebenso wird es den Bewohnern am Distelkamp und der Henri-Dunant Straße ergehen. Hier geht die Asphaltplaste mitten durch die Wohnblocks. Letztlich wird durch den weiteren Ausbau der Westtangente Richtung B1 auch noch die Siedlung Sassenburg/Dahlhauserstraße bedroht! Die Begründung der Verwaltung für ihren Millionencoup: "Die Hauptstraße muß entlastet werden."

Um also täglich 30 Minuten dickflüssigen Verkehr zwischen Ampel Dürerstraße und Glückauf aufzulösen, werden Wohngebiete zerstört und Stadtteile zerissen. Aber unsere Planungsgrößen haben noch mehr in petto: Die Gelsenkirchenstraße wird ausgebaut und direkt an die Florastraße in Gelsenkirchen angebunden. Dafür wird die Häuserzeile an der Babalu-Bar abgerissen. Der Ausbau dieser Straße, dem Verlauf der alten Emschertalbahn folgend, direkt an der

Sonnenschein-Siedlung vorbei, wird den dortigen Bewohnern sicher noch trübe Tage beschern.

Die Rathausstr. wird ausgebaut, quer über den Postfriedhof zur Berlinerstraße. Hier werden Eichen umgebettet, der Büchereipark zerstört, die Häuser Rathausstraße 22 bis zum Rathaus eingeebnet.

Die Wibbelstraße wird durchgezogen bis zur Kolpingstraße. Auch hier werden einige Mieter ihre gewohnten vier Wände verlassen müssen.

Die Dorstenerstraße wird wohl bis zur Autobahnauffahrt Orange vierspurig ausgebaut. Das bedeutet: Asphaltierung der Kleingartensiedlung "Grüner Ring", Lärmelastigung für alle Anwohner und eine erhöhte Gefährdung der Kinder auf dem Schulweg.

Aber die größten Verplaner scheinen nicht bei der Stadtverwaltung sondern beim Siedlungsverband Ruhrkohlebezirk zu sitzen. Die nämlich haben sich eine Schnellstraße quer durch Röhlinghausen ausgedacht, weil die Städte Gelsenkirchen und Essen auf eine schnelle Verbindung mit Dortmund, als Entlastung für die B1. Die Folgen für Röhlinghausen sind kaum absehbar aber sicher werden wieder Häuser geopfert.

So sieht es aus! Unsere Stadt wird zu einer großen Autobahnauffahrt. Strassenzüge werden quer durch die Stadtteile gebaut. Nachbarn, mit denen man sonst am Garten gesprochen hat, kann man nur noch durch abenteuerliches Überqueren vierspuriger Straßen erreichen. Die Abgas- und Lärmelastigung



Dannekamp

In der letzten Ausgabe berichteten wir sehr ausführlich über die Situation im Dannekamp. In den 2 Monaten, wo die VOR ORT nicht erschien, sind dort Probleme aufgetreten, die unbedingt in der VOR ORT hätten erscheinen müssen. Es lagen der Redaktion sogar Artikel der Betroffenen vor (das ist noch die Ausnahme). Dies ist umso bedauerlicher, weil es sich gezeigt hatte, daß die in Frage kommenden Gesellschaften sehr empfindlich auf Öffentlichkeit reagierten. So bleibt uns nichts anderes übrig, als einen nicht mehr aktuellen Fall kurz darzustellen.

Es ging hierbei um die Höhe der Heizkostenpauschale. Diese überstieg die Zusatzvereinbarung (mit der VEBA und den VEW vor der Modernisierung) um 67 %. Dafür gab es keinerlei Gründe. Mieter in vergleichbaren Wohnungen in der Heinrich-Immig-Straße zahlten eine Pauschale die in etwa der Zusatzvereinbarung entspricht. Telefonische und schriftliche Anfragen bei den VEW ergaben, daß die Rechnung auf Grund einer falschen Berechnungsgrundlage zustande gekommen war. Die VEW waren bereit nur den Mietern, die sich beschwert hatten, ca. 70 Dm weniger im Quartal abzubuchen. Für alle anderen Mieter im Dannekamp sollten die alten Sätze weiter zu ahnen. Dies käme einem zinslosen Kredit der Mieter an die VEW gleich, da zuviel gezahltes Geld erst am Ende des Jahres zurückgezahlt wird. Durch weiteres Drängen der Mieter und unter Einschaltung der VEBA-Wohnstätten konnte dann eine Lösung für alle Mieter im Dannekamp gefunden werden.

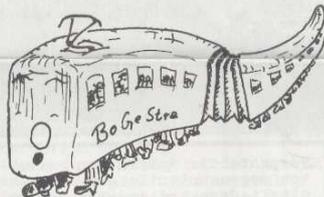
Was man hier einmal festhalten sollte ist folgendes: fast alle Mieter hatten unter den Modernisierungsmaßnahmen und ihren Nachwehen zu leiden, doch nur eine Minderheit von 4 - 5 Mietern wurde aktiv. Bei einem Großteil der Mieter herrschte die Grundeinstellung vor, daß man ja eh nichts ändern könne und Widerstand gegen Maßnahmen sinnlos ist.

Unserer Meinung nach liegt es nun an den Mietern, die sich gewehrt haben, ihren Nachbarn zu zeigen, daß es sich durchaus lohnt etwas zu tun. Ebenso sollten sich die Leute, die aktiv geworden sind, sich regelmäßig treffen, auch wenn im Moment nichts Größeres anliegt. Hierbei müssen ja nicht nur Mietprobleme zur Sprache kommen. So ist die Freizeitsituation im Dannekamp (Abenteuerspielplatz, Abbrander Freizeitzubude) immer noch ohne eine befriedigende Lösung.

wird ansteigen, da Wanne-Eickel auch zum Dorado für den Durchgangsverkehr wird. Die Spielmöglichkeiten der Kinder werden weiter eingeschränkt und für alte Leute wird der abedliche Spaziergang oft zur Unmöglichkeit. Kleinen Läden wird der Garaus gemacht. Der Wohnwert der betroffenen Gebiete sinkt. All das sind Auswirkungen des Konzept der Strassenplaner, das da lautet: "Freie Fahrt für freie Bürger." Anstatt mit den Millionenbeträgen, die da in den wuchernden Ausbau von Durchgangstrassen gesteckt werden, den seit Jahren vernachlässigten Nahverkehr zu restaurieren und weiter auszubauen, wird weiter geplant und gebaut, obwohl der öffentliche Nahverkehr mit weniger Mitteln, weniger Lärm und weniger Umweltbelastung, mehr Nutzen bringen könnte.

flott und freundlich durch's Revier

Um ihr eh schon angekratztes Image aufzupolieren macht die BoGeStra jetzt Reklame und spuckt große Töne. "Flott und freundlich durch's Revier" heißt das Motto ihres Werbefeldzuges. Wie flott die BoGeStra ist, das bewies uns ein sportlicher junger Mann aus Wanne-Eickel, der um einen Kasten Bier zu erringen zu Fuß schneller als die Linie 6 die Strecke Bo-Hbf - Wanne-Hbf zurücklegte. Da kann die BoGeStra nur noch unser Hohlnachen ernten: "Ha, sich selbst als flott zu bezeichnen!" Und mit der Freundlichkeit, wie steht es da? Zieht man die Fahrpreise in Betracht und die Tatsache, daß ein BoGeStra-Kilometer teurer ist, als 1km Flug London-New York, so vermisst der kritische Fahrgast doch einiges an Service. Weder ein Imbiss noch Kaffee werden gereicht, noch stehen dem Passagier hier mehrere Musikprogramme zur Auswahl - von Bordkino ganz zu schweigen! All dieses bietet die fliegende Konkurrenz seit Jahren für weniger Geld. Selbst die Angst in engen Kurven muß sich der BoGeStrafahrgast schon selbst



vertreiben - da hilft kein freundliches Lächeln einer Stewardesse grübelweg. So sieht es aus!

Wieder eine Kampagne, die die Misere Nahverkehr vernebeln soll: Überhöhte Preise, lange Fahrzeiten und schlechte Verbindungen werden einfach verschwiegen. Alles Punkte, die immer mehr Menschen abschrecken, mit dem Bus zu fahren. Man behauptet einfach das Gegenteil, und schon ist die Welt wieder in Ordnung. Oder?

Nur durch den Ausbau des Nahverkehrs können die Widersprüche zwischen Erhalt und Verbesserung des Wohnwertes unserer Städte und der Bewältigung unserer täglichen Verkehrsprobleme zu einer akzeptablen Lösung geführt werden. Dieses aber setzt ein aktives Mitarbeiten der Bevölkerung voraus, die unseren Planern gehörig auf die Füße treten müssen, denn von selbst werden sie wohl kaum zum Umdenken gebracht.

Gerüchte um GEA Wohnungen KEIN Quatsch

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir über Gerüchte, die es um die GEA-Wohnungen an der Herzogstraße in Eikel gibt. Die GEA-Wohnungsgesellschaft mbH will die Wohnungen zu Eigentumswohnungen machen, also verkaufen. Als mögliche Käufer hat sie die derzeitigen Mieter im Visier. Als Verkaufsgrund vermuteten wir die an den Häusern auftretenden Bergschäden und die Wohnwertminderung durch Umwelteinflüsse (zukünftig ausgebauter Dorstener Str., VEBA - Chemie, Happel KG). Nun, inzwischen haben sich die Gerüchte als Wahrheit erwiesen. Einem Ehepaar, das sich um eine Wohnung in den GEA-Häusern bewarb, wurde diese zum Kauf angeboten. Es ist damit zu rechnen, daß ähnliche Angebote in Zukunft auch den jetzigen Mietern unterbreitet werden. Auch die Gründe, die wir für den Verkauf anführten haben sich als wahr erwiesen. Die Bergschäden an den Häusern haben nicht abgenommen, im Gegenteil: im Haus Nr. 74 ist in absehbarer Zeit mit neuen Reparaturen zu rechnen. Was den Wohnwert der Gebäude angeht: Die in unmittelbarer Nähe der Häuser liegende VEBA-Chemie wird ausgebaut; das heißt eine weitere starke Beinträchtigung der Umwelt und somit Wertverlust der Wohnungen. Sollte jemand eine dieser Wohnungen kaufen und wollte er sie irgendwann einmal wieder loswerden, wird er mit Bestimmtheit darauf sitzen bleiben oder aber mit Verlust verkaufen. Zum Schluß aber eine gute Kunde: Die derzeitigen Mieter sind nicht bereit die Wohnungen zu kaufen. Sie wissen woher der Wind weht.

DGB Vetter gegen Russell-Tribunal

Am 18.1.78 äußerte sich der Boß des DGB in Form eines Rundschreibens an die Landesbezirke und DGB-Kreise über das Russell-Tribunal, das sich über Ostern mit den Menschenrechtsverletzungen in der BRD befassen wird. Aus diesem Brief zitieren wir den entscheidenden Absatz:

" Da es sich bei den Initiatoren und Mitwirkenden dieses Tribunals zweifelsfrei um Vertreter DGB feindlicher Gruppen handelt, die das Ziel verfolgen, die BRD als einen faschistischen Staat oder zumindest präfaschistischen Staat darzustellen, Ziele also, die sich auch gegen den DGB wenden, fordert der Bundesvorstand die Mitgliedschaft auf, sich in keiner Weise

an den Vorbereitungen oder Durchführungen dieses Tribunals zu beteiligen. Eine Teilnahme von Gewerkschaftsgruppierungen und einzelner Gewerkschaftsmitglieder würde sich strikt gegen die Interessen des DGB auswirken.... Mit anderen Worten: jeder Kollege, der die Untersuchungen der Menschenrechtsverletzungen in der BRD unterstützt, wird demnächst von Vetter und Co als Chaos nach dem Unvereinbarkeitsbeschluss aus dem DGB gefeuert. Das bedeutet eine enorme Ausweitung der Ausschlusspraxis, denn das Tribunal wird heute schon von vielen Gewerkschaftsmitgliedern, Sozialdemokraten und Liberalen unterstützt.

LETZTE MELDUNG: Kurz vor der Drucklegung erreichte uns noch folgende skandalöse Nachricht: der Münchener Trikont-Verlag wurde letzte Woche in 3. Instanz zu einer Geldstrafe von 3.000 DM und Übernahme der Prozeßkosten in Höhe von 50.000 DM verurteilt. - Dies wegen der Herausgabe des Buches "Wie alles anfing" von Bommi Baumann, das die Entstehung der "Terroristen-Szene" in der BRD beschreibt. Das Buch aber ist freigegeben, also nicht verboten, und wird vom Gericht selbst als Dokument der Zeitgeschichte bezeichnet. Dieses Urteil ist skandalös, denn es stellt ein absolutes Novum dar, weil keine Tat, sondern eine Gesinnung verurteilt wurde!

Atomreaktor abgestürzt

Am 24. 1. 1978 ist der sowjetische Satellit Kosmos 954 mit fast einem Zentner Uran 235 an Bord über Kanada auf die Erde abgestürzt. Die daraufhin einsetzende Welle der Verniedlichung dieser atomaren Katastrophe von Seiten der Behörden und der Presse verdeutlicht noch einmal - gerade auch nach den Auseinandersetzungen um Brokdorf, Kalkar und Grohnde - wie Nachrichten über die Gefährlichkeit und Unkontrollierbarkeit der Kernenergie verarmt und manipuliert werden. Die VOR ORT setzte sich mit Professor Kaminski vom Institut für Weltraumforschung in Bochum in Verbindung, um eine Reihe von offengebliebenen Fragen zu klären. Wir erhielten daraufhin eine Reihe von Fernschreiben, von denen wir die wichtigsten hier veröffentlichen wollen.

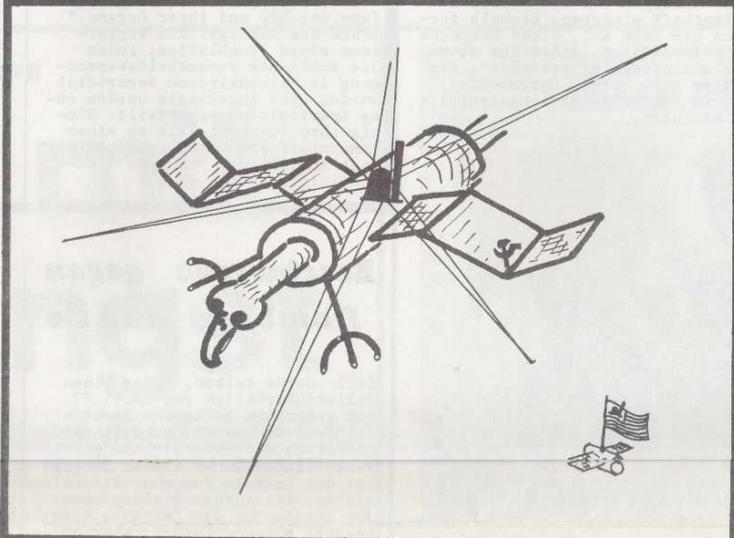
I. SCHLEICHENDER TOD IN DER ATMOSPHERE

Bochum, 25.1.1978
Der Absturz des UDSSR Kosmos Satelliten mit einem Kleinreaktor an Bord über Zentralkanada und das offensichtliche Vergleichen in der Hochatmosphäre ist ein technologischer Skandal.

1. Die UDSSR hat dadurch bestehende internationale Vereinbarung und Verträge-Atomsperrvertrag und UN-Resolutionen nach Geist und Buchstaben verletzt.
2. Derartige unkontrollierbare Experimente zeugen von einer tiefen Ignoranz gegenüber dem Leben auf diesem Planeten, oder sie sind ein Ausdruck von Unwissen über die globalen naturwissenschaftlichen Fakten.
3. Der verglühte Reaktor erzeugte in der Hochatmosphäre -ca 50 bis 70 km- eine nukleare Spaltprodukt-Wolke mit einer Längsausdehnung von ca. 300-400 km. Die Tendenz dieser Wolke ist absteigend in Richtung Troposphäre-Biosphäre. Sie kann in dieser Höhe auch nicht von Flugzeugen aufgefaßt werden.
4. Von dem in einigen Wochen einsetzenden -fall out- radioaktiver feinverteilter Substanzen, können alle Bereiche der Erde zwischen dem Äquator und ca. 60 grad nördlicher Breite vorrangig erfaßt werden.
5. Die zu erwartenden Auswirkungen des Absturzes könnten in ihrem realen Umfang zutreffender abgeschätzt werden, wenn die UDSSR den technologischen Aufbau des Reaktortyps veröffentlicht würde.
6. Sicherlich wird jetzt eine Welle der Verniedlichung einsetzen, mit den Aussagen unschädlich usw. Dieses Verfahren sollte aber von

dem Geschehen und seinen objektiven Gefährlichkeiten nicht ablenken.

Professor H. Kaminski
8 Uhr 30 mezt
Sternwarte Bochum - Institut für Weltraumforschung



Die heutige Generation der Menschheit hat die Verantwortung für die Zukunft der nachfolgenden Generationen. Diese Zukunft -Umwelt- ist durch derartige Verhaltensweisen in Frage gestellt. In gleicher Weise muß die bedenkliche Art der derzeitigen Verharmlosung des Vorfalles angesehen werden.

Dieser Vorfall - Atomreaktorabsturz aus der Erdumlaufbahn - sollte in den Gremien der Vereinten Nationen und vor dem internationalen Gerichtshof behandelt werden.

Professor H. Kaminski
Sternwarte Bochum - Institut für Weltraumforschung - 8,50 h mezt

III. RADIOAKTIVITÄT IM WASSER KREISLAUF

Die aus dem Absturz von Kosmos 954 resultierende und teilweise weit verstreute Aktivität um den großen Sklavensee hat sich durch einen unglücklichen Zufall wahrscheinlich direkt einem Fluß vermittelt. Über den Fluß Thelon können diese Aktiv-Substanzen ihren Weg in andere Bereiche der biologischen Zusammenhänge nehmen, in Sonderheit werden sie zu einer Gefahr der Verseuchung von Fischen, ihrer Brut und damit von wichtigen Nahrungsquellen der dort wohnenden Eskimos.

*Troposphäre-Biosphäre: der von den Lebewesen besiedelte Bereich der Erde einschließlich der unteren, wetterwirksamen Luft.

**fall-out : engl. ausfallen

Impressum

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Axel Kuhlmann
Laurentiusstraße 29
4690 Herne 2

Druck: SOZUN / Dortmund

Alle nicht gezeichneten Artikel entsprechen der Meinung der Redaktion.

Aktionskreis Leben

Als Antwort auf den Bruch von Gewerkschaftsbeschlüssen seitens der Gewerkschaftsführung -durch das Ja zu Atomenergie- haben fort-schrittliche Gewerkschaftler sich zum "Aktionskreis Leben" zusammengeschlossen. An ihrer Spitze: Heinz Brandt, ehemals Redakteur der 'Metall'.

Am 11.12.77 haben sich die Kollegen aus verschiedenen DGB-Gewerkschaften in Dietzenbach zu einer ersten Tagung getroffen. Beschlossen wurde die Bildung lokaler und regionaler Aktionskreise. Inzwischen ist der "Aktionskreis Leben" herangewachsen zu zahlreichen innergewerkschaftlichen und betrieblichen Initiativen. Der Aktionskreis fordert unter anderem:

- die sofortige Einstellung des Atomenergieprogramms
- Stilllegung sämtlicher in Bau und Betrieb befindlicher Atomkraftwerke
- Exportstopp für Atomtechnologie
- Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit
- umfassende Milliardeninvestition in neue 'sanfte Technologie', d.h. Entwicklung und Anwendung menschlicher und umweltfreundlicher Energiequellen (Sonnen-, Wind- und geothermische Energie) unter Kontrolle der Gewerkschaften.
- umfassende Aktionen für das Schaffen von Arbeitsplätzen in den sozialen Bereichen der Erziehung und Ausbildung, im Gesundheitswesen, der Altenpflege, der Freizeitgestaltung und in der Sanierung der Umwelt.
- für die Übergangszeit verstärkte Nutzung der Stein- und Braunkohle vorwiegend unter strengen Umweltschutzauflagen.

Der "Aktionskreis Leben" informiert über Zwischenfälle und Arbeitsbedingungen in der Atomindustrie, über innergewerkschaftliche Diskussionen in der Frage der Atomenergie, berichtet über

Aktionen örtlicher Initiativen. Das Informationsblatt ist unter folgender Adresse erhältlich : Gabriele Behrendt Arnsburgerstr. 39 6 Frankfurt 60

Der "Aktionskreis Leben" verfügt nicht über die reichen finanziellen Mittel wie der "Aktionskreis Energie" (die innergewerkschaftliche Atomlobby). Spendenkonto: Gabriele Behrendt Bank für Gemeinwirtschaft 6 Frankfurt / M. KtoNr.: 2612592600 Stichwort: "Aktionskreis Leben"

Medien - Bücher

Handbuch für Kernenergiegegner Die Bremer Initiative gegen Akws hat ein Buch herausgebracht, in dem alle Adressen, Namen und Telefonnummern der Kernanlagenbetreiber in der BRD gesammelt sind. Weitere Themen: wer liefert was für welches Akw? wer steckt hinter den Betreiberfirmen?(z.B. Heitkamp) Bestellungen an: M.Rickert, Seemannstr. 9a 28 Bremen

Neuer Film: "Verurteilt zum Erfolg"; Dokumentarfilm über die Arbeitsbedingungen in einem Atomkraftwerk, hergestellt von der CPFDt, an: Zentral-Film-Verleih Karl-Muck-Platz 2 Hamburg 36

Akw-Materialien: "Wir, das Volk" eine Dokumentation des Ermittlungsausschusses der Initiative zu Kalkar. 3,- DM in Briefmarken an KKW-NEIN-Büro, Brabantstr.31 5 Köln

Energielücke- Energiehalde

Minister Farthmann gab kürzlich den beängstigenden Umweltbericht für das westliche Ruhrgebiet bekannt. Ergebnis: Höchstwerte von z.B. Staubablagerungen werden auf 20-25% der Fläche überschritten; die industriebelastete Luft ist weiterhin gesundheitsschädlich. Berichte für das Ruhrgebiet Ost und Mitte sollen folgen, andere Tendenzen kann man hier jedoch nicht erwarten. So wird jede weitere Industrieanlage im Ballungsgebiet fragwürdig. Dennoch will die STEAG das Kraftwerk in Herne erweitern, 'um dem Bedarf gerecht zu werden'. Wie der Bedarf tatsächlich aussehen wird, verdeutlicht ein Vorgang aus dem Norden Westfalens:

"Da ist jahrelang von Energiekrise die Rede, und nun stehen wir plötzlich vor einer Kraftwerkshalde!" äußerte sich Josef Robbe, Betriebsratsvorsitzender des PreußAG-Steinkohlebergwerks Ibbenbüren. Das Kraftwerk kann ab 1982 Kohlestrom liefern; die Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) wollen aber frühestens ab 1985 in Ibbenbüren kaufen, und 3 Jahre Leerlauf können sich Stadt und Werk nicht leisten. So sucht denn auch Wirtschaftsminister Riemer verzweifelt nach Stromkäufern - und findet keine! Kaum zu glauben erinnert man sich der 'Energielücke', die uns der Chor von Kernkraftwerksbauern und -betreibern immer wieder prophezeit. Weiterhin pauken die verantwortlichen Politiker unverantwortliche Kernkraftanlagen gegen Bürgerproteste durch die Instanzen. Bleibt zu hoffen, daß die Ibbenbürener trotz allem Hin und Her auf strikte Einhaltung der Umweltschutzbestimmungen pochen, nach denen sich eine STEAG-Erweiterung in Herne bereits verbietet.

Stadt und Steag

Auf der Februarsitzung der Stadtbezirksvertreter Wanne kam es zu einer Anfrage der SPD-Fraktion an die Stadtverwaltung. Der SPD-Vertreter Heinzl wollte u. a. wissen, ob es nach Pressemitteilungen stimmt, daß im Bereich der Rottstraße Häuser abgerissen werden müssen, wenn das STEAG-Kohlekraftwerk erweitert wird. Die Forderung nach Abbruch soll - lt. WAZ - vom Gewerbeaufsichtsamt gestellt worden sein. Baudirektor von der Mühlen wußte von dieser Forderung nichts. Vielleicht will er davon auch nichts wissen, denn die Stadt Herne plant einige "bürgerfreundliche" Bestimmungen im Interesse der Kraftwerksbetreiber zu unterlaufen. So sind Einzelgutachten vorgesehen, die den Zweck erfüllen, den vorgeschriebenen Mindestabstand von 1.000 Metern zwischen Wohnhäusern und Kraftwerk zu unterlaufen. Diese Einzelgutachten beinhalten technische Maßnahmen, wie z. B. "Ausschaltung von Lärmquellen."

Weiterhin wurde auf dieser Sitzung deutlich, daß die Wohnsituation der unmittelbar Anwohnenden der Stadtverwaltung schießegal ist. Denn die zuständige städtische Dienststelle genehmigte 1977 die Errichtung von 5 Familienwohnheimen im Kraftwerksbereich!! Für dieses Jahr hat die berühmte-berühmte Herner "Gemeinnützige" die Errichtung von weiteren 9 Familienwohnheimen beantragt! Wie gesagt, diese "Gemeinnützige" befindet sich im Besitz der Stadt Herne. Kommentar überflüssig!

STRAFANZEIGE gegen

Hertie und Karstadt

Im Januar gingen bei der Staatsanwaltschaft Bochum Strafanzeigen gegen die Wanne-Eckeler Warenhäuser Hertie und Karstadt ein. Der Grund: Verkauf von Kinderspielzeug mit Nazi-Symbolen. Beide Kaufhäuser vertreiben Kriegsspielzeug der Firmen Revell, Tamiya und Hasegawa, das z.B. mit Hakenkreuzen versehen ist. Wir sind der Meinung, daß hier jeder Antifaschist aktiv werden muß, um dieser Form der faschistischen Propaganda zu verhindern. Das Strafrechtsgesetz bietet uns dazu die Möglichkeit durch Anwendung des § 86 a: "Verbot der Verwendung von Symbolen verfassungswidriger Organisationen". Dieser Paragraph gibt uns die Möglichkeit, den Verkauf von Spielzeug mit Hakenkreuzen, SS-Totenköpfen, den Verkauf von Hitlerbildern, Nazi-Dolchen und Orden u.ä. zu verhindern. Der Erfolg dieser Anzeige ist nicht sicher, denn bereits 1973 lehnte die Staatsanwaltschaft Westberlin eine Anklageerhebung gegen die Verwendung des Hakenkreuzes auf Spielzeug ab. Als eine Begründung wurde angeführt, daß

das Hakenkreuz nicht nur ein Parteiensymbol war; die Verwendung von Hakenkreuzen sollen außerdem zu dokumentationsähnlichen Zwecken dienen???. Dieser nachweislich "neuen Interpretation" dieses Paragraphen gilt es entgegenzutreten, aber nicht nur aus diesem Grund. Verkauf von Kriegsspielzeug mit Hakenkreuzen bedeutet, daß Kinder und Jugendliche in spielerischer Form mit Nazi-Symbolen vertraut gemacht werden. Das Kriegsspielzeug kann dabei nicht als Aufklärungsmittel dienen, denn nur dann wäre ein dokumentationsähnlicher Zweck gegeben. Der Erfolg dieser Anzeigen, d.h. die Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft und die rechtmäßige Verurteilung der genannten Firmen, kann nur dann möglich sein, wenn massenhaft Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft eingehen. Deshalb fordern wir Euch auf, diese Kampagne zu unterstützen, indem ihr ebenfalls Strafanzeigen erstattet. Wir bitten Euch, einen Durchschlag an die VORORT-Redaktionsanschrift zu schicken.



Über zwanzig derartige mit dem Hakenkreuz versehene "Spielzeug"modelle zeigt der Jahreskatalog 1977 der Firma Revell: Nazipropaganda im Kinderzimmer!

KURZMELDUNGEN

Klagen gegen Sirauß abgewiesen!

Mehrere Anzeigen gegen Strauss wegen "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" sind vom Generalbundesanwalt abgewiesen worden. Die Anzeigenden hatten den Chilebesuch von Strauss zum Gegenstand und seine Äußerungen auf der Reise. Begründung: der strafbare Tatbestand "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" sei nur für Vereinigungen in der BRD anzuwenden. Allerdings sind noch Anzeigen nach §140 StGB gegen Strauss gestellt worden: "Billigung von Straftaten."

Im Namen des Volkes!

Am 22.12.77 wurden in Gelsenkirchen vor dem Amtsgericht vier Kommunisten zu hohen Geldstrafen zwischen 800 und 2000 DM verurteilt, nach §90 a: "Verunglimpfung der BRD und ihrer Organe." Grund der Anklage: die Verteilung eines Flugblattes, indem die schlechte Gesundheitsversorgung in Gelsenkirchen verurteilt wurde. Drei Angeklagte wurden ohne Beweismittel verurteilt. Einzig ihre Zugehörigkeit zu einer kommunistischen Gruppe machte sie nach Ansicht des Richters "mitschuldig".

Der Hammer:

Berufsverbot: nicht antikomunistisch genug

Das Verwaltungsgericht Amsbach verhängte gegen H.Häberlein ein Ausbildungs- und Berufsverbot. Kollege H. ist aktiver Funktionär der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG). Begründung: wurde diese Maßnahme mit seiner pazifistischen Einstellung und seiner Mitgliedschaft in der DFG, die Zweifel entstehen ließen, ob er überzeugter Antikomunist sei, was die Voraussetzung für eine Übernahme in den Staatsdienst sei!

Ruhr Uni: Proteste gegen Staatsschutz

35 Professoren, 80 Assistenten und weitere 300 Angehörige der Ruhr Uni haben mit ihrer Unterschrift gegen die Gesinnungsschnüffelei von Bewerbern im öffentlichen Dienst protestiert! Im Zusammenhang mit der Berufsverbotepraxis wird den Behörden die Einschränkung von Grundrechten "bescheinigt".

Beschwerde gegen Damberg und Co

Karl- Heinz Kaiser, Opfer eines Polizeiüberfalles vom 11.11.77, hat gegen den leitenden Beamten Kriminalrat Damberg eine Dienstaufsichtsbeschwerden eingereicht. Wesentlicher Punkt dieser Eingabe ist das brutale Vorgehen der Polizisten, die aufgrund eines anonymen Anrufs bei der Kripo in Marschlitz infolge der Staatsschutzaktion einen Kreislaufkollaps, er ist hundertprozent schwerbeschädigt. Sein Kommentar: "Das hatten wir schon einmal. So ging die Gestapo vor." Ein weiterer Punkt der Beschwerde betrifft das anschließende Verhör auf der Wache an der Gerichtsstraße, wo Kalle nach der erfolgten ausduschung "hingeschleppt" wurde. Dort wurden ihm Fragen gestellt, die in keinem Zusammenhang mit den anonymen Anschuldigungen standen. Z.B. sollte er Auskunft darüber abgeben, mit welchen Personen und Gruppen er in Berlin kontakt hatte. Kalle wohnte in Berlin.

Herr Keuner begegnet dem Herren Wirt, dem Kämpfer gegen die Zeitung. "Ich bin ein großer Gegner der Zeitungen", sagte der Herr Wirt "Ich will keine Zeitung!" Herr Keuner sagte: "Ich bin ein größerer Gegner der Zeitungen! Ich will andere Zeitungen!" (Bert Brecht)

Termine

- 25.2.78 - GEW Herne Winterfest Saalbau; Wilhelmstr.
- 2.3.78 - Film: "Der General" Jugendkunstschule Herne2, Hauptstr. 257
- 4.3.78 - Bert Brecht: "Die Mutter" Jugendkunstschule Herne2, Hauptstr. 257 Agitprop-Truppe "Roter Wecker" 14.30 und 19.30 Uhr
- 9.3.78 - Film: "Adel verpflichtet" Jugendkunstschule Herne2, Hauptstr. 257
- GEW Mitgliederversammlung in Herne 2
- 14.3.78 - Gastspiel des Düsseldorforfer Kom(m)ödchen Kulturzentrum Herne 1

Modell Deutschland

Ein Musterbeispiel dafür, was in diesem Lande unter garantierter Meinungsfreiheit und "mehr Demokratie wagen" (Willy Brandt) verstanden wird, wurde uns einmal mehr frei Haus geliefert. Nach ständiger Bespitzelung beim Zeitungsverkauf - die Wanter Kripo muß mehr Fotos von uns besitzen, über Umwege von zwei netten Herren (besondere Kennzeichen: Lederjacke, Fotoapparat), die eine unserer Verkaufsstellen besuchten. Die Schnüffler von Berufswegen fragten nach dem Lieferanten der Zeitung, den sie im Übrigen "so wie so kriegen würden". Außerdem galt das Interesse Dir, dem Leser. "Was sind das für Leute, die die VORORT kaufen?" so ihre Frage. Wir möchten diese Schnüffler, die sicherlich auch dieses Exemplar der VORORT lesen und anschließend abheften werden, darauf hinweisen, daß wir in Zukunft "Meinungsumfragen" lieber selber machen möchten. Das kommt dem Steuerzahler billiger und beweist diesen Herren ihre gänzliche Überflüssigkeit.

MERKE: Es findet keinerlei Zensur mehr statt, nur wenn der Staat es dringend nötig hat, und auch die Kunst und Wissenschaft sind frei, das Nähere bestimmt die Polizei!

- 16.3.78 - Oster-Fete Jugendkunstschule Herne2, Hauptstr. 257
- 18.3.78 - Unterhaltung am Wochenende, ein Programm ohne Programm, mit Hermann Hoffmann, WDR Kulturzentrum Herne 1

Kleinanzeigen

Wohngemeinschaft sucht große Wohnung (6 bis 7 Zimmer) oder Haus in entsprechender Größe zu mieten. Miete bis ca. 750 Dm warm. Tel.: 02325 / 73942

Wir suchen noch Frauen, die etwa Anfang 1978 ein Kind bekommen (haben) und Interesse haben, mit anderen Frauen und Männern zusammen eine Krabbelstube zu organisieren! Tel.: 0234/43 03 98 oder 0234/77 18 07

NPD auf dem Vormarsch

Erfahrungsbericht

Es war einmal - so wird wohl dem einen oder anderen der Bericht vorkommen. Das ist auch nicht einmal verwunderlich; denn, hätte ich es nicht an meinem eigenen Leib gespürt, so würde ich es wohl sicherlich auch ins Reich der Phantasie stellen. Jedem wird es aufgefallen sein, daß die Neo-Nazis der NPD sich in Wanne und Umgebung immer breiter machen; mir auch. So folgte ich einem Aufruf von Bochumer Antifaschisten an einer Anti-NPD Kundgebung auf dem Husemannplatz in Bochum teilzunehmen. Die NPD hatte zu einer "Informationsveranstaltung" an gleicher Stelle mobil gemacht. Den ca. 50 NPD'lern standen etwa 300 Antifaschisten gegenüber, die die braunen Reden mit Buhrufen und Sprechchören beantworteten, ohne das es zu Handgreiflichkeiten gekommen wäre, sah sich die Polizei gezwungen Stärke zu demonstrieren. Wir wurden ohne Rücksicht auf Verluste in die Kortumstraße gedrängt. Daß dabei unbeteiligte Passanten verletzt wurden störte die tapferen Ordnungshüter wenig. Ich sah eine alte Frau, die brutal zu Boden gestoßen wurde. Als die Polizei merkte, daß sie uns nicht so einfach auseinanderreiben konnte, versuchte sie einzelne Leute herauszugreifen und zu verhaften. Ein solches Opfer war ich auch. Ich vermied es aber Gegenwehr zu leisten. Zu deutlich war mir das Bild eines blutüberströmten Kollegen vor Augen, der versucht hatte sich der Verhaftung zu entziehen. Fest im Polizeigriff wurde ich zu einem Polizeifahrzeug gebracht, das vor dem Landgericht stand. Stolz meldete ein Polizist seinem Vorgesetzten: "Ein Gefangener zum Abtransport." Nun ja, dachte ich, da haste eben Pech gehabt. Doch fühlte ich mich ziemlich sicher. Verbrochen hatte ich

ja nichts: keine Gegenwehr, keine Beschimpfungen. Was soll schon groß passieren? - Ich hatte mich zu früh gefreut! Man brachte mich über die Straße auf den Posthof, wo es von Polizeiautos nur so wimmelte. Vielleicht 30, 40 Mannschaftswagen. Die Wagen waren bis auf die Fahrer jedoch leer. Ich wurde zu einem Fahrzeug geführt, das gegen Einsicht von Außen von drei anderen Wagen umringt war. Nichts ahnend wollte ich einsteigen, als plötzlich vier Polizisten über mich herfielen. Einer hielt mich fest, während die anderen mit Fäusten auf mich einschlugen. Selbst als ich schon am Boden lag, bedachten sie mich noch mit Fußtritten. Nachdem sie wohl meinten, ich hätte genug, stießen sie mich in den Wagen. Dort hatte ich Zeit meine Verletzungen festzustellen: die Lippe war aufgeplatzt und blutete stark; meinen rechten Fuß könnte ich kaum noch bewegen und der rechte Ellenbogen schmerzte stark. Eine Viertelstunde später wurde ich ins Präsidium gefahren. Nachdem meine Personalien überprüft worden waren, konnte ich gehen. Zunächst spürte ich nur ohnmächtige Wut. Es wurde mir jedoch klar, daß man so nicht weiterkommt. Es ist schließlich kein Wunder, daß es zu solchen Ausschreitungen kommt, wenn jeder der es wagt Kritik zu üben gleich ein Sympathisant der RAF ist, wenn nichts schlimmeres. Fazit: Solange es uns nicht gelingt, dem einzelnen Polizisten klarzumachen, daß er unter dem Mantel der Terroristenbekämpfung die Faschisten schützt, solange werden solche Ausschreitungen möglich sein. Eine Situation, in der der Beamte, Polizist, Richter und Vollstrecker in einer Person ist, muß für jeden untragbar sein.